



51. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung und Sport

Gremium: Ausschuss für Bildung und Sport
Sitzungstermin: Dienstag, 27.08.2013, 17:30 Uhr
Ort, Raum: Raum 1.077, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung

- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 18.06.2013 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

- 3 Vorstellung des neuen Vorsitzenden des Regionalen Weiterbildungsbeirates

- 4 Sachstand Sportplatz Potsdam West siehe Sitzung am 18.06.2013
TOP 5

- 5 Sport- und Freizeitbad Brauhausberg - Ergebnisse des Realisierungswettbewerbs, Fortschreibung des Finanzierungs- und Betreiberkonzeptes bzgl. 12/SVV/0390 und 12/SVV/0515 Oberbürgermeister
13/SVV/0500

- 6 Planungsrechtliche Grundlagen für die Erweiterung und Entwicklung der Universität Potsdam am Standort Neues Palais FB Stadtplanung und
Stadterneuerung
13/SVV/0281

- 7 Bildungsforum Potsdam - Status und Ausblick; Information über das neue Jahresprogramm der Volkshochschule

- | | | |
|------|--|--|
| 8 | Bildungsstandards | Herr Menzel
bzgl. DS 12/SVV/0881 |
| 9 | Hygienepläne | Herr Menzel
bzgl. DS 11/SVV/0269 u. DS
13/SVV/0225 |
| 10 | Schulessen
(Qualität und Preise nach neuen Vorgaben) | Herr Menzel |
| 11 | Sachstand nach der Brandschau in der Motorhalle | |
| 12 | Mitteilungen der Verwaltung | |
| 12.1 | Information zum Potsdamer Weiterbildungstag am
02.09.2013 | |
| 13 | Sonstiges | |

Nichtöffentlicher Teil

- | | | |
|----|---|--|
| 14 | Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen
die Niederschrift des nicht öffentlichen Teils der
Sitzung vom 18.06.2013 | |
|----|---|--|

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Herr Volker Klamke	SPD	entschuldigt
Frau Hannelore Knoblich	SPD	entschuldigt
Herr Sandro Szilleweit	Die Andere	entschuldigt

sachkundige Einwohner

Frau Sabine Bittrich	Migrantenbeirat	entschuldigt
Herr Florian Engels	SPD	entschuldigt
Frau Anja Heigl	Die Andere	entschuldigt
Frau Kathleen Krause	SPD	entschuldigt
Frau Beate Kruczek	FDP	entschuldigt
Frau Dr. Manja Orłowski	SPD	entschuldigt
Frau Sabine Speck	BürgerBündnis	nicht anwesend
Herr Sven Stolpe	DIE LINKE	nicht anwesend
Herr Hans-Joachim Ziebarth	CDU/ANW	entschuldigt

Schriftführerin: Frau Gudrun Wildgrube

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 21.05.2013 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 3 Sportforum - Sportlertreff
- KIS -
- 4 Sachstand zum Rollsportfeld an der Sporthalle Heinrich-Mann-Allee
- KIS -
- 5 Sachstand Sportplatz Potsdam West
- KIS -
- 6 Campus Helmholtz Gymnasium und Eisenhartschule; Schulsanierungen
Fraktion FDP
- KIS -
- 7 Vergabe Sportstadtmittel 2013
- 8 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 8.1 Lüftungskonzept neue Gesamtschule
Vorlage: 13/SVV/0338
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
WA KIS

- 8.2 Jahresabschluss der Landeshauptstadt Potsdam zum 31. Dezember 2010 und Entlastung des Oberbürgermeisters
Vorlage: 13/SVV/0315
Servicebereich Finanzen und Berichtswesen
alle Fachausschüsse und Ortsbeiräte
Anlagen siehe RIS
- 8.3 Einsatz digitaler Medien in Potsdamer Schulen
Vorlage: 13/SVV/0302
Fraktion CDU/ANW
- 8.4 Sportförderbericht des Jahres 2012
Mitteilungsvorlage: 13/SVV/0342
FB Bildung und Sport
- 9 Mitteilungen der Verwaltung
- 9.1 Information zum Umzug des Einstein-Gymnasiums
- 10 Sonstiges

Nicht öffentlicher Teil

- 11 Sportforum - Sportlertreff

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Frau Dr. Magdowski informiert, dass sich Herr Dünn aufgrund von Problemen im Straßenverkehr um ca. 15 Minuten verspäten wird.

Die Ausschussmitglieder verständigen sich dazu, die Sitzung mit Tagesordnungspunkten, die keine Abstimmung erfordern zu beginnen.

Frau Michalske-Acioglu eröffnet die Sitzung mit Tagesordnungspunkt 3.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 21.05.2013 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Herr Dünn trifft um 17:45 Uhr ein. Er stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Er bittet um Abstimmung der Niederschrift der Sitzung am 21.05.2013.

Es wird die Behandlung eines nichtöffentlichen Teils zu TOP 3 und TOP 4 vorgemerkt, die sich aus der vorangegangenen Diskussion ergeben hat. Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung gibt es nicht.

Der Ausschuss für Bildung und Sport stimmt der Niederschrift der Sitzung vom 21.05.2013 in der vorliegenden Fassung zu.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	8
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

**zu 3 Sportforum - Sportlertreff
- KIS -**

Herr Richter informiert, dass der Verein mit Datum 13.06.2013 den Mietvertrag unterschrieben hat. Damit liege ein rechtskräftiger Mietvertrag vor. Die Betriebskostenvorauszahlung wurde mit dem Vereinsvorsitzenden im Einvernehmen ausgehandelt. Nach einem Jahr werde man weiterschauen.

Frau Pichler möchte wissen, wieso vorher ein kommerzieller Pächter im Gebäude war, der keine Pacht gezahlt habe und warum der Verein das Gebäude nicht kommerziell nutzen dürfe.

Herr Richter erklärt, dass er dazu nur im nicht öffentlichen Teil antworten könne.

Die Ausschussmitglieder sprechen sich dafür aus, einen nicht öffentlichen Tagesordnungspunkt aufzurufen.

**zu 4 Sachstand zum Rollsportfeld an der Sporthalle Heinrich-Mann-Allee
- KIS -**

Herr Richter erklärt, dass an den KIS die Bitte herangetragen wurde, die Kostenschätzung zu überarbeiten. Das sei erfolgt und an den Fachbereich Bildung und Sport zur Entscheidung übergeben worden.

Frau Rademacher informiert, dass zwei Varianten vorgestellt wurden. Im Ergebnis bleibe ein Delta hinsichtlich der Finanzierung, die weder im Wirtschaftsplan KIS berücksichtigt sei noch im Fachbereich zur Verfügung stehe.

Herr Gessner ergänzt, das Rollsportfeld sei ohne Überdachung in der Außenanlagenanierung des Humboldt-Gymnasiums enthalten. Der KIS habe zwei Varianten für die Überdachung untersuchen lassen. Für eine Holzkonstruktion sei mit ca. 142.500 € Netto Bauleistung zzgl. ca. 45.000 € für Planungsleistung und Mwst: 187.500 € Brutto und für eine Stahlträgerkonstruktion mit ca. 190.000 € netto Bauleistung zzgl. 55.000 € für Planungsleistung und Mwst: 245.000 € Brutto zu rechnen.

Herr Wollenberg verweist auf die Diskussion mit dem Verein und fragt, ob die jetzige Summe einvernehmlich mit dem Verein abgestimmt wurde.

Herr Gessner erklärt, dass dies der Fall sei.

Herr Dünn übernimmt an dieser Stelle die Leitung der Sitzung.

Frau Bankwitz merkt an, dass die Verwaltung die Mehrkosten darstellen müsste.

Auf Nachfrage von Herrn Wollenberg erklärt **Herr Richter**, dass es bezüglich des bislang noch groben Zeitablaufes wichtig wäre, in 2013 die Finanzierung zu klären.

zu 5 Sachstand Sportplatz Potsdam West
- KIS -

Herr Richter erklärt, dass der Vorgang im Servicebereich Recht liege. Von dort habe der KIS die Auskunft erhalten, dass die Verhandlungen zum Wegerecht andauern. Man sei im Einigungsverfahren. Eventuell sei im August ein Ergebnis zu erwarten.

Herr Wollenberg hält die Situation für unbefriedigend. Frau Krusemark sollte in die Augustsitzung eingeladen werden, um persönlich zu informieren. Sollte bis dahin eine Einigung vorliegen, reiche die Mitteilung, dass Einigung erfolgt ist.

Herr Zeller informiert, dass jetzt ein Brunnen zur Verfügung stehe. Durch Kooperation mit der Verwaltung sei eine Verbesserung für die Freizeitnutzung des Platzes möglich geworden. Wichtig wären jetzt noch Toiletten, weil eine zunehmende Nutzung des Platzes zu verzeichnen ist.

zu 6 Campus Helmholtz Gymnasium und Eisenhartschule; Schulsanierungen
Fraktion FDP
- KIS -

Die FDP-Fraktion bat um Auskunft, warum im Helmholtz-Gymnasium derzeit augenscheinlich nicht gebaut werde. Außerdem wurde um eine Baustellenübersicht für die zur Sanierung und Neubau anstehenden Schulen inklusive der derzeitigen Zeitplanung gebeten.

Herr Richter antwortet, dass man die Baugenehmigung erst vor drei Wochen erhalten habe. Es sei ein sehr intensiver Abstimmungsprozess erforderlich gewesen. Gestern sei die Grundsteinlegung für den Neubau gewesen, der planmäßig laufe. Die Planung sehe vor, dass beide Projekte im nächsten Sommer abzuschließen. Bedingt durch die Anfangsverzögerungen sei man ca. ein halbes Jahr im Verzug. Zu den übrigen Bauvorhaben legt er eine Übersicht mit der Zeitplanung vor, die als Anlage zur Niederschrift ausgereicht werden soll.

Herr Wollenberg hält die Liste für eine gute Idee und regt an, diese halbjährlich mit dem Protokoll auszureichen.

Herr Richter schlägt eine Veröffentlichung im Internet unter www.kis-potsdam.de vor.

zu 7 Vergabe Sportstadtmittel 2013

Frau Dr. Magdowski erklärt, dass die Arbeitsgruppe beraten habe. Die Mittelverteilung erfolge einvernehmlich durch die drei beteiligten Partner.

Frau Rademacher ergänzt, dass es in der letzten Sitzung kritische Stimmen bezüglich der zustimmenden Kenntnisnahme gegeben habe. Nach der Sportförder-

satzung handelt es sich bei der Vergabe um ein mehrstufiges Verfahren, bei dem Abstimmung zwischen Stadtsportbund, Verwaltung und Ministerium erfolge. Der Ausschuss für Bildung und Sport bekommt die Gelegenheit die Vergabe der Sportstadtmittel zustimmend zur Kenntnis zu nehmen oder Veto einzulegen.

Herr Menzel merkt an, dass Mittel für Aufgaben des Landes verteilt werden. Wenn Mittel aus dem städtischen Haushalt verteilt werden, möchte er, dass die Stadtverordneten mehr eingebunden werden. Auch möchte er sicher sein können, dass die Verteilung entsprechend der Sportfördersatzung der Landeshauptstadt Potsdam erfolgt.

Herr Gessner erklärt, dass die Maßnahmeträger ausnahmslos gemeinnützige, förderfähige Vereine nach Satzung seien. Entsprechend DS 11/SVV/0541 hat die Stadtverordnetenversammlung beschlossen, dass die Hauptstadtmittel durch städtische Mittel auch mit dieser Schwerpunktsetzung zu ersetzen sind. Gemäß Beschluss der Haushaltssatzung vom 08.05.2013 im Jahr 2013 sind insgesamt 200.000 € für die Sportstadtmittel vorgesehen. Hinsichtlich der Vergabe sind mit dem Ausschuss für Bildung und Sport nach der Umwandlung von Hauptstadtmitteln in Sportstadtmittel Kriterien verabredet, die sich an den Vergabemodalitäten hinsichtlich der ehemaligen Hauptstadtmittel und dem üblichen Abstimmungsverfahren mit dem Stadtsportbund und dem zuständigen Fachministerium orientieren. Die abschließende Entscheidung liegt bei der Landeshauptstadt Potsdam.

Herr v. d. Osten-Sacken erklärt, dass man die Diskussion bereits geführt habe. Gewollt sei, gezielt Sportveranstaltungen und Bundesliga zu fördern.

Frau Dr. Magdowski ergänzt, dass auch der Stadtsportbund das Interesse des Breitensports vertritt. Es werde um zustimmende Kenntnisnahme gebeten.

Herr Dünn bittet Frau Pichler, als Vertreterin des Stadtsportbundes um Meinungsäußerung.

Frau Pichler erklärt, dass das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport nicht unberechtigt am Tisch sitze. Da auch das Ministerium Sportvereine fördere, könne man so Doppelförderung ausschließen. Die Hälfte der Förderung gehe an den Leistungssport, was gewollt und überlebenswichtig sei. Die andere Hälfte werde für andere Veranstaltungen, auch für internationale Veranstaltungen, die einen Breitensportlichen Effekt haben, eingesetzt. Der Stadtsportbund sei froh, dass die Stadt die Hauptstadtmittel kompensiert habe.

Der Ausschuss für Bildung und Sport nimmt die Mitteilung zur Vergabe der Stadtsportmittel im Haushaltsjahr 2013 zustimmend zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 2

zu 8 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

zu 8.1 **Lüftungskonzept neue Gesamtschule** **Vorlage: 13/SVV/0338** Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

WA KIS

Herr Menzel erläutert das Anliegen des Antrages und teilt mit, dass mit Datum vom 13.06.2013 eine neue Fassung vorliegt.

Frau Erning verweist auf die Diskussion aus den letzten Sitzungen, wo man sich mit knappen Ressourcen beschäftigte. Insofern hält sie den Vorschlag für einen Luxusantrag. In der Regel sorgen die Lehrkräfte dafür, dass nach jeder Unterrichtsstunde gelüftet werde.

Herr Richter führt aus, dass eine gute Lüftung grundsätzlich Voraussetzung dafür sei, um Schule zu betreiben. Die Planer haben den Luftwechsel nachzuweisen. Nach dem derzeitigen Planungsstand werde man den Nachweis vorlegen haben, so dass man auf maschinelle Lüftung verzichten könne. Eine mechanische Lüftung würde erhebliche Mehrkosten verursachen. In Lüftungsampeln zu investieren sei sicher kein schlecht investiertes Geld. Dem Grundanliegen könne er folgen. Aus wirtschaftlichen und technischen Gründen werde jedoch keine mechanische Lüftung empfohlen.

Herr Wollenberg spricht sich dafür aus, durch den KIS sei sicherzustellen, dass das Planungsziel erreicht werde. Der Weg sollte der Bauausführung überlassen werden.

Frau Michalske erkundigt sich nach den Kosten und danach ob es Vergleiche zu anderen Schulgebäuden gebe.

Herr Richter erklärt, dass es in einem Bestandsgebäude schwierig sei eine mechanische Lüftung nachzurüsten. Die Straßenseite des Schulgebäudes der Eishartshule wurde mit einer entsprechenden Lüftungstechnik ausgestattet. Das habe aber auch entsprechende Kosten für die Wartung zur Folge.

Herr Menzel führt weitere Argumente für den Antrag aus und plädiert dafür, im Hinblick auf Energieeinsparung über eine Lüftung mit Wärmerückgewinnung nachzudenken.

Herr Weiberlenn informiert, dass er und Herr Richter in der letzten Woche auf einer Veranstaltung waren, die sich mit Standards an Schulen befasste. Zudem gebe es aus der Neuen Grundschule im Bornstedter Feld Beschwerden über den hohen Technisierungsgrad. Das heißt, es habe alle Vor- und Nachteile.

Herr Wollenberg stellt folgenden **Änderungsantrag**:

Der 2. Satz im ersten Absatz ist zu streichen. Angefügt wird folgende Formulierung: **Der Einsatz von Lüftungsampeln ist in allen Räumen zu prüfen.**

Herr Menzel erklärt sich für den Antragsteller einverstanden, wenn als letzter Satz angefügt wird: **Das Lüftungskonzept ist dem Werksausschuss KIS zur Verfügung zu stellen.**

Herr Dünn bittet um Abstimmung des geänderten Antrages.

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt die Hinweise des Leitfadens für die Innenraumhygiene in Schulgebäuden des Umweltbundesamtes beim Neubau der Ge-

samtschule im Potsdamer Norden umzusetzen. Dabei sind eine mechanische Lüftung sowie Lüftungsampeln in jedem Aufenthaltsraum einzurichten, damit eine Grundlüftung, je nach Alter der Schüler sichergestellt wird. Der Einsatz von Lüftungsampeln ist in allen Räumen zu prüfen.

Die Empfehlungen des Spitzenverbandes der deutschen Gesetzlichen Unfallverbände DGUV „Klasse(n) – Räume für Schulen – Empfehlungen für gesundheits- und lernfördernde Klassenzimmer“ BG/GUV-SI 8094 (<http://publikationen.dguv.de/dguv/pdf/10002/si-8094.pdf>) werden zur Prüfung angeraten.

Das Lüftungskonzept ist dem Werksausschuss KIS zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	8
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

zu 8.2 Jahresabschluss der Landeshauptstadt Potsdam zum 31. Dezember 2010 und Entlastung des Oberbürgermeisters
Vorlage: 13/SVV/0315

Servicebereich Finanzen und Berichtswesen
alle Fachausschüsse und Ortsbeiräte
Anlagen siehe RIS

Frau Rademacher sieht hier nicht die Zuständigkeit des Bildungsausschusses.

Herrn Wollenberg interessiert, ob es innerhalb des Fachbereiches nichtverausgabte Mittel gibt. Wenn das der Fall ist, möchte er wissen, wo diese eingesetzt sind.

Frau Rademacher erklärt, dass es sich um den Jahresabschluss 2010 handelt. Der Übertrag von Mittel ist nur ein Jahr möglich. Insofern ist das hier nicht mehr möglich und nicht relevant.

Es schließen sich Nachfragen der Ausschussmitglieder an.

Der Ausschuss für Bildung und Sport nimmt den Jahresabschluss der Landeshauptstadt Potsdam zum 31. Dezember 2010 und Entlastung des Oberbürgermeisters zur Kenntnis.

zu 8.3 Einsatz digitaler Medien in Potsdamer Schulen
Vorlage: 13/SVV/0302
Fraktion CDU/ANW

Herr Dünn erläutert das Anliegen des Antrages. Der Antragsteller würde der Bitte der Verwaltung um Fristverlängerung bis April 2014 folgen und den Antrag dementsprechend ändern.

Herr Wollenberg verweist auf einen Antrag seiner Fraktion, wonach eine Laptopklasse errichtet werden sollte, der abgelehnt wurde. Er merkt an, über Konzepte zu reden, bevor man ausstattet. Wichtig sei in diesem Zusammenhang

auch die Lehrerfortbildung.

Frau Bankwitz erklärt, dass die Verwaltung das Konzept erstellen oder einen externen Auftrag erteilen könne.

Herr Weiberlenn erklärt, dass es keine Schule ohne PC-Ausstattung gebe. Der Fachbereich setzt derzeit Medienentwicklungspläne für alle weiterführenden Schulen mit gymnasialer Oberstufe um. Standards muss der Schulträger entwickeln. Ende Mai hat der Fachbereich den Schulleitern ein Protokoll mit dem Arbeitsstand vorgelegt. Man wolle mit den Schulen in die Diskussion kommen. Man brauche aber bis April 2014 Zeit, um die Diskussionen mit den Schulen zu führen.

Frau Erning bittet um Berücksichtigung der Wartung der Computertechnik.

Es schließt sich eine kurze Diskussion der Ausschussmitglieder an. Dabei geht es darum, ob der Antrag eventuell durch Verwaltungshandeln erledigt sei.

Herr Dünn bittet um Abstimmung.

Der Antrag wird ohne Gegenstimmen angenommen.

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Bedarf und den zeitlichen Einsatz digitaler Medien in den Potsdamer Schulen in einem Masterplan festzuschreiben und den dafür notwendigen Zeitraum und die Kosten zu ermitteln. Erste Ergebnisse sind in der Sitzung im ~~Dezember~~ **April 2014** der SVV vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	1
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	7

zu 8.4 Sportförderbericht des Jahres 2012
Mitteilungsvorlage: 13/SVV/0342
FB Bildung und Sport

Frau Dr. Magdowski verweist auf den Einbringungstext zur Mitteilungsvorlage und erteilt Herrn Gessner das Wort.

Herr Gessner schlägt vor, den Einbringungstext als Anlage zur Niederschrift auszureichen. Er verweist auf den Zuwachs von über 1000 Mitgliedern im Jahr 2012, wodurch mehr finanzielle Mittel zur Verfügung standen. Er bedankt sich bei allen Ehrenamtlichen und insbesondere dem Stadtsportbund für die geleistete Arbeit. Dies ist ein Angebot für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt. Desweiteren steht er für Fragen zur Verfügung.

Es schließen sich Nachfragen der Ausschussmitglieder an.

Der Ausschuss für Bildung und Sport nimmt den Sportförderbericht 2012 zur Kenntnis.

zu 9 Mitteilungen der Verwaltung

zu 9.1 Information zum Umzug des Einstein-Gymnasiums

Herr Weiberlenn informiert, dass am 9. April mit den Schulleitern des Einstein-gymnasiums und der Gesamtschule am Schilfhof abgestimmt wurde, dass das Einsteingymnasium während der Sanierung des Schulgebäudes in der Hegelallee an den Schulstandort Schlaatz umzieht. Der Umzug ist fast abgeschlossen. Raumnutzung, Doppelnutzungen sowie die Nutzung der Turnhalle und des Es-senbereiches sind zwischen dem Fachbereich, dem KIS und beiden Schulleitern abgestimmt. Die Eltern waren mit dem Umzug einverstanden. Probleme wurden in der Elternkonferenz angesprochen. Zur Turnhallennutzung gibt es eine positive Rückmeldung der benachbarten Grundschule. Bezüglich einer Verstärkung der Straßenbahnlinien ist die Verwaltung im Gespräch mit den Verkehrsbetrieben.

zu 10 Sonstiges

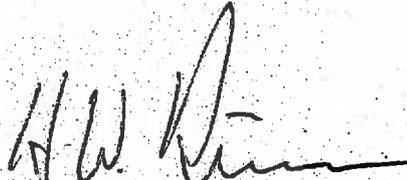
Herr Dünn informiert, dass die nächste Sitzung am 27.08.2013 sein wird. Da der Raum 1.077 für die Wahl benötigt wird, steht dem Ausschuss der Raum 3.074 im Stadthaus zur Verfügung. Er regt an, zu überlegen ob der Ausschuss auch in anderen Räumlichkeiten außerhalb des Stadthauses tagen könnte.

Von den Ausschussmitgliedern werden die Eisenhartschule und die Stadtteilschu-le vorgeschlagen.

Herr Wollenberg bittet um Beantwortung der Frage, ob sich die Entscheidung der Denkmalschutzbehörde zum Humboldt-Gymnasium auf die Zeitschiene aus-wirkt.

Herr Richter erklärt, dass versucht werde das Dissensverfahren abzuwenden. Wenn eine Baugenehmigung erteilt werde, wird man 5 bis 6 Wochen in Verzug sein. Der KIS würde sich freuen, die derzeitige Ausschreibung nicht weiter ver-längern zu müssen. Sollte eine negative Entscheidung kommen, müsse die Aus-schreibung aufgehoben werden. Das hätte gravierende Auswirkungen auf das Projekt.

Herr Dünn schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.


Hans-Wilhelm Dünn
Ausschussvorsitzender


Gudrun Willgrube
Schriftführerin



Landeshauptstadt
Potsdam

Der Oberbürgermeister

Mitteilungsvorlage

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

13/SVV/0500

Betreff:

öffentlich

**Sport- und Freizeitbad Brauhausberg - Ergebnisse des Realisierungswettbewerbs,
Fortschreibung des Finanzierungs- und Betreiberkonzeptes**

bezüglich

DS Nr.: 12/SVV/0390 und 12/SVV/0515

Erstellungsdatum 14.08.2013

Eingang 902: 14.08.2013

Einreicher: FB Bildung und Sport

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung	Gremium
14.08.2013	Hauptausschuss

Inhalt der Mitteilung:

Der Hauptausschuss nimmt zur Kenntnis:

Vom 22.03. bis zum 09.07.2013 hat die Stadtwerke Potsdam GmbH auf der Grundlage des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung 12/SVV/0390 und des vorangegangenen Städtebaulichen Wettbewerbs einen Realisierungswettbewerb für das Sport- und Freizeitbad am Brauhausberg durchgeführt. Der Hauptausschuss wird hiermit über die Ergebnisse und deren Auswirkungen informiert.

Vor einer Beauftragung des Generalplaners für das Sport- und Freizeitbad ist ein Beschluss der SVV zur Fortschreibung des Finanzierungs- und Betreiberkonzeptes gemäß DS 12/SVV/0515, Punkt 3 erforderlich. Im Sinne der avisierten Zeitschiene bzgl. der Fertigstellung des Bades am Ende des Jahres 2016, ist dieser Beschluss für die Septembersitzung der SVV vorgesehen.

Um eine ausführliche Information und Diskussion für die bzw. mit den Fraktionen der SVV realisieren zu können, wird diese Vorlage eingebracht bzw. vorgeschaltet. Eine Überweisung der Vorlage durch die SVV im September in die Ausschüsse hätte einen Fertigstellungsverzug von mehreren Monaten zur Folge, da u.a. im Oktober keine SVV stattfinden wird.

Beratungsergebnis

Zur Kenntnis genommen:

Gremium:

Sitzung am:

zurückgestellt

zurückgezogen

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Büro der Stadtverordnetenversammlung

Finanzielle Auswirkungen? Ja Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

Diese Mitteilungsvorlage selbst hat zunächst keine finanziellen Auswirkungen. Die finanziellen Auswirkungen, wie die Ergebnisse des Realisierungswettbewerbes deutlich zeigen, werden in der Beschlussvorlage für die SVV behandelt.

ggf. Folgeblätter beifügen

Oberbürgermeister

Geschäftsbereich 1

Geschäftsbereich 2

Geschäftsbereich 3

Geschäftsbereich 4

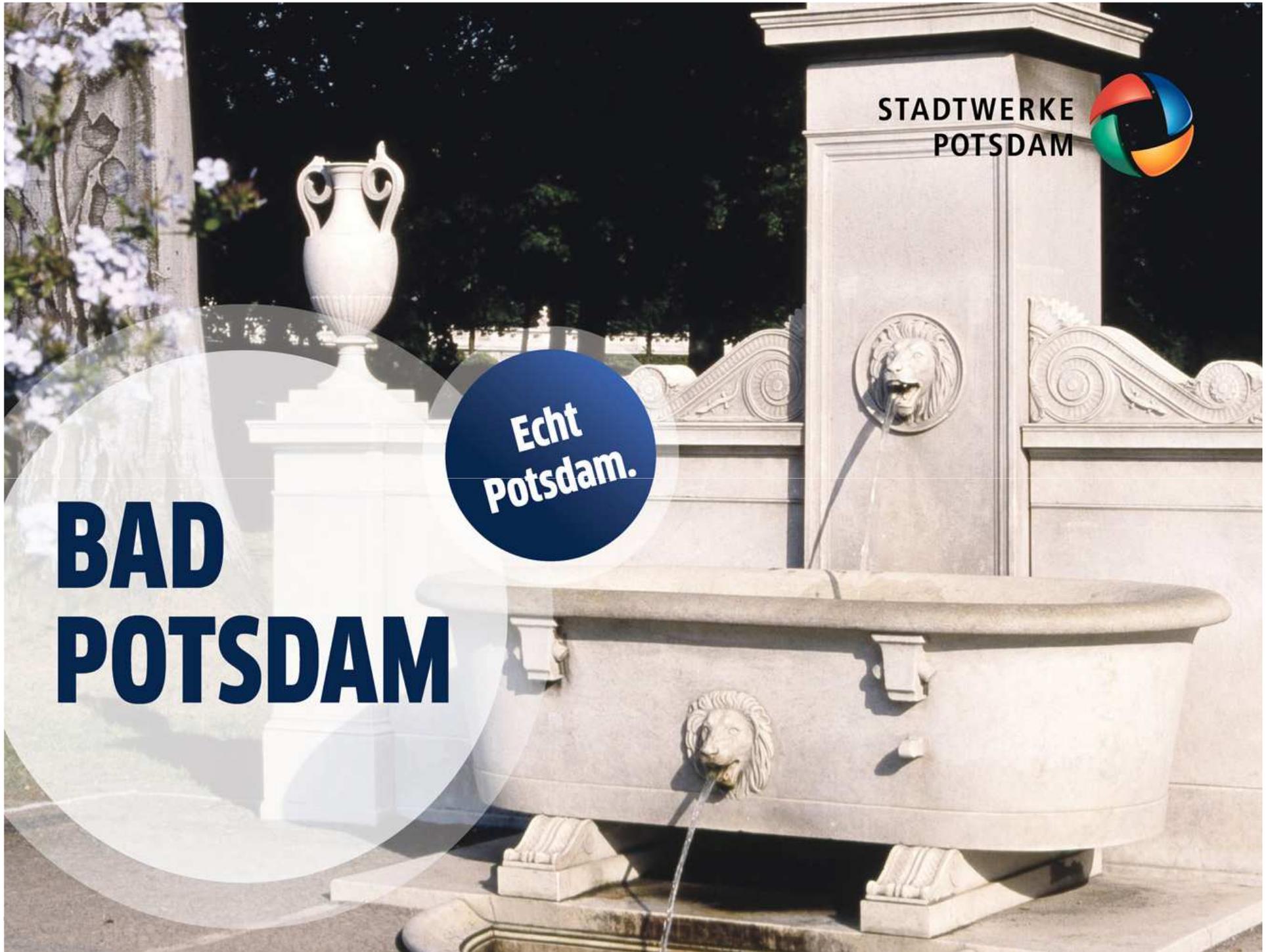
Anlage: Präsentation

STADTWERKE
POTSDAM



Echt
Potsdam.

**BAD
POTSDAM**



Potsdams neues Sport- und Freizeitbad

**Informationen zu den Ergebnissen
des Wettbewerbes**

Information der Fraktionen am 12. August 2013

Ergebnisse des Wettbewerbes



Preisträger 1:
gmp Generalplanungsgesellschaft mbH, Berlin



Preisträger 2:
Gewers & Pudewill GmbH, Berlin



Preisträger 3:
Ludes Generalplaner GmbH, Berlin

Gliederung

- I. SVV-Beschlüsse
- II. Raum- und Funktionsprogramm
- III. Kennzahlen
- IV. Kosten- und Investitionsrahmen
- V. Wirtschaftlichkeit des Betriebes
- VI. Finanzierungskonzept
- VII. Bezuschussung durch LHP
- VIII. Beschlussempfehlung
- IX. Weitere Verfahrensschritte und Zeitschiene
- X. Projektstruktur
- XI. Projektabwicklung

I. SVV-Beschlüsse

Beschlüsse von wesentlicher Bedeutung für den Bau eines Sport- und Freizeitbades Am Brauhausberg (ab hier: SFB)

- **Beschluss der SVV vom 06.06.2012**

Vorlage 12/SVV/0390

- **Beschluss der SVV vom 19.09.2012**

Vorlage 12/SVV/0515

II. Raum- und Funktionsprogramm

Wesentliche Vorgaben für den Bau eines Sport- und Freizeitbades am Standort Brauhausberg

Das Bad soll folgende Elemente besitzen:

- Sportbadbereich
- Familienbadbereich
- Sauna- und Wellnessbereich
- Fitnessclub
- Gastronomie

II. Raum- und Funktionsprogramm

▪ wesentliche Elemente des Raum- und Funktionsprogrammes:

- 50m – Sportbecken mit 10 Bahnen
- Zuschauertribüne mit 400 Plätzen
- 1m-Sprungbrett und 3m-Sprungturm
- Lehrschwimmbecken
- Freizeitelemente
- Behindertengerechte Gestaltung aller Bereiche

Feststellung:

- die badfachlichen Vorgaben sind von allen drei Preisträgern erfüllt, wobei der Fitnessclub bei allen 3 Preisträgern erst in einem 2. Bauabschnitt vorgesehen ist
- die städtebaulichen Vorgaben sind eingehalten, 2 Entwürfe erhalten eine öffentlich nutzbare und erlebbare Grünfläche am östlichen Fuß des Brauhausberges

III. Kennzahlen

Kennzahlen der Entwürfe

- Nutzflächen
- Wasserflächen
- Frei- und sonstige Flächen

Kennzahlen der Preisträger-Entwürfe

Preis-träger	Nutzflächen in m ²					Wasserflächen in m ²				Freiflächen in m ² (ohne Wasserflächen)		
	Sport-bad	Familien-bad	Sauna / Wellness	Fitness	Sonstige	Sport-bad	Familien-bad	Außen-bereich	Sauna / Wellness	Familien-bad	Sauna / Wellness	Sonstige
1. Preis	1.461	3.629	1.591	769	237	1.375	380	315	145	2.943	1.270	4.268
2. Preis	1.459	3.798	1.273	722	239	1.375	389	350	125	3.054	1.344	8.557
3. Preis	1.458	3.869	1.566	742	221	1.375	400	350	125	4.407	1.698	2.122

Feststellung:

Die Entwürfe der drei Preisträger erfüllen die Anforderungen des Raumprogrammes und sind plausibel.

IV. Kosten- und Investitionsrahmen

- **Wesentliche Vorgabe:**

Der Kostenrahmen von 23 Mio. € (netto, ohne Parkflächen) für den Neubau eines Sport- und Freizeitbades darf nicht überschritten werden.

- **Grobkostenschätzungen der Preisträgerentwürfe**

Preisträger	Baukosten	Planung und Baunebenkosten	Badkosten	Zusätzliche Kosten		Gesamtkosten
	KGR 300 - 600	KGR 700	KGR 300 - 700	Tiefgarage	Städtebau	
1. Preis	20.100.000 €	3.800.000 €	23.900.000 €	5.280.000 €	1.770.000 €	30.950.000 €
2. Preis	21.416.927 €	3.665.650 €	25.082.577 €	4.501.500 €	k. A.	29.584.140 €
3. Preis	19.477.000 €	3.506.000 €	22.983.000 €	3.278.000 €	244.000 €	26.505.000 €

Kosten für die Grundstückerschließung (KGR 200) und für energetische Maßnahmen, die über den aktuellen Standard der EnEV hinausgehen, sind nicht Bestandteil dieser Kostenschätzungen.

IV. Kosten- und Investitionsrahmen

Ergebnisse der Plausibilitätsprüfungen der Kostenschätzungen

- Überprüfung der Bruttogeschossfläche (BGF) anhand der vorliegenden Pläne
- die den Baukosten der KGR 300 - 600 zugrunde liegenden Annahmen und Kennzahlen können erst nach den Verhandlungsgesprächen mit den Preisträgern verbindlich bewertet werden
- Ansatz von 230 Tiefgaragenstellplätzen: Bewertung mit 17.200 € pro Stellplatz
- Ansatz von pauschal ca. 350.000 € für die KGR 200 (Herrichten und Erschließen), die nicht in den Aufgabenbereich der Architekten fällt
- Aktualisierung der Planungs- und Baunebenkosten (KGR 700) aufgrund der am 17.07.2013 in Kraft getretenen neuen HOAI (Kostensteigerung um ca. 5-6% auf 26% der Baukosten)
- Preisträger 1: Anpassung der Angaben für KGR 300-600 notwendig, da Teilmaßnahmen aus dem Kostenblock „Städtebau“ (Dachsaunagarten) zu den Grundkosten gehören

IV. Kosten- und Investitionsrahmen

Grobkosten nach Plausibilitätsprüfung durch die SWP

Preisträger	Herrichten Grundstück	Baukosten	Planung und Baunebenkosten	Badkosten	Zusätzliche Kosten		Gesamtkosten
	KGR 200	KGR 300 - 600	KGR 700	KGR 200 - 700	Tiefgarage	Städtebau	
1. Preis	350.000 €	21.180.000 €	5.597.800 €	27.127.800€	3.960.000 €	690.000 €	31.777.800 €
2. Preis	350.000 €	21.416.927 €	5.659.401 €	27.426.328€	3.960.000 €	k. A.	31.386.328 €
3. Preis	350.000 €	19.477.000 €	5.155.020 €	24.982.020€	3.960.000 €	287.920 €	29.229.940 €

Die Baukosten (KGR 300-600) in Spalte 3 wurden wie von den Preisträgern angegeben übernommen (Ausnahme: Preisträger 1). Nach Aufklärung der Annahmen für die Grobkostenschätzungen im Rahmen der Verhandlungsgespräche mit den Preisträgern können sich noch Abweichungen zu den Baukostenangaben ergeben.

Kosten für energetische Maßnahmen, die über aktuellen Standard der EnEV hinausgehen, sind nicht Bestandteil dieser Kostenschätzungen.

IV. Kosten- und Investitionsrahmen

Gegenüberstellung der Kostenangaben der Preisträger und der SWP nach Plausibilitätsprüfung

Preisträger	Badkosten		Gesamtkosten	
	Angaben der Planer	Plausibilitätsprüfung durch SWP	Angaben der Planer	Plausibilitätsprüfung durch SWP
1. Preis	23.900.000 €	27.127.800 €	30.950.000 €	31.777800 €
2. Preis	25.082.577 €	27.426.328 €	29.584.140 €	31.386328 €
3. Preis	22.983.000 €	24.982.020 €	26.505.000 €	29.229940 €

Feststellung:

1. Die Kosten für den reinen Badneubau liegen bis zu 4,5 Mio. € höher
2. Die Kosten für die Tiefgarage liegen bei ca. 4,0 Mio. €
3. Die Kosten für die städtebaulichen Maßnahmen liegen bei ca. 0,3 – 0,7 Mio. €

V. Wirtschaftlichkeit des Betriebes

Wesentliche Vorgabe:

Betreiberkonzept lt. Beschluss der SVV vom 19.09.2012

Feststellung:

- Das Betreiberkonzept ist bei allen 3 Preisträgerarbeiten umsetzbar
 - Preisträger 1 und 3 sind aufgrund kompakterer Baukörper voraussichtlich wirtschaftlicher im Betrieb als Preisträger 2
- Planungsgespräche sind mit allen 3 Preisträgern notwendig, um genauere Informationen
 - zu Funktionalitäten
 - zum technischen Betrieb
 - zu Optimierungsmöglichkeiten

als Grundlage weiterer Bewertungen zu erhalten.

VI. Finanzierungskonzept

Wesentliche Vorgaben:

- Kostenrahmen von 23,0 Mio. € für den Neubau des SFB darf nicht überschritten werden
- zusätzliche Maßnahmen, wie z. B. die Errichtung der Stellplätze, sind darin nicht enthalten
- Verkaufserlös (6 Mio. € angestrebt) ist zur teilweisen Co-Finanzierung einzusetzen

Feststellung:

- Investitionskosten 29,2 – 31,8 Mio. €, vorbehaltlich Plausibilisierung der Baukostenansätze nach den Verhandlungsgesprächen mit den Preisträgern
- Finanzierung durch SWP
- Kreditaufnahme nach Projektfortschritt und Marktgegebenheiten durch SWP
- Verkauf der Grundstücke südlicher Brauhausberg frühestens ab 2017 möglich
 - möglicher Verkaufserlös ca. 6 Mio. €
 - Verwendung zur teilweisen Kredittilgung

VII. Bezuschussung durch LHP

Wesentliche Vorgaben:

- jährliche Bezuschussung von ca. 2,59 Mio. €
- höhere Bezuschussung ist aufzuschlüsseln und SVV gesondert zur Abstimmung vorzulegen

Sport- und Freizeitbad Am Brauhausberg (SFB) (Alle Angaben in T€)	Beschluss vom 06.06.2012	nach gegenwärtiger Plausibilitätsprüfung
Investition	23.000	31.600
Verkaufserlös	6.000	6.000
Finanzierungssumme	17.000	25.600
Zuschuss Summe 30 Jahre Betrieb SFB	- 47.721	- 61.521
Zuschuss p. a. im Durchschnitt SFB	- 1.552	- 2.001
Zuschuss p. a. im Durchschnitt Kiezbad Stern (KBS)	-1.043	-1.043
Zuschuss p. a. im Durchschnitt gesamt	- 2.595	- 3.044
Abweichung zum Beschluss		- 449

VII. Bezuschussung durch LHP

Feststellung:

- jährliche Bezuschussung nach gegenwärtiger Plausibilitätsprüfung ca. 3.044 Mio. €
- Veränderung zukünftiger Betriebskostenzuschüsse nach Verhandlungsgesprächen möglich

VII. Bezuschussung durch LHP

Die Höhe des zukünftigen Betriebskostenzuschusses gemäß Bäderfinanzierungsvertrag ist in hohem Maße abhängig von:

- der Höhe der Investition (5% Zinsen + Abschreibungen) für den Bau des neuen SFB
- der Höhe der Verkaufserlöse (5% Zinsen + Abschreibungen) für den Verkauf des südlichen Grundstücksteils
- der Wirtschaftlichkeit des neuen SFB (Entwicklung von Betriebserträgen und Betriebskosten)

VIII. Beschlussempfehlung

Beschlussempfehlung der SVV:

Die Geschäftsführung der Stadtwerke Potsdam GmbH wird ermächtigt, zur Umsetzung eines der drei Entwürfe der Preisträger Verhandlungen mit den 3 Preisträgern aufzunehmen und einen Generalplanervertrag zu schließen.

Die jährliche Bezuschussung der SWP durch die LHP für den Betrieb der Bäder darf nach Inbetriebnahme des neues Sport- und Freizeitbades Am Brauhausberg 3,5 Mio. € jährlich nicht übersteigen.

IX. Weitere Verfahrensschritte und Zeitschiene

Wesentliche Vorgabe:

Die Schwimmhalle ist bis zur Fertigstellung des neuen SFB in Betrieb zu halten.

Feststellung:

- Die Betriebsgenehmigung des bestehenden Bades Am Brauhausberg läuft am 30.11.2014 aus.
- Eine weitere Verlängerung der Betriebsgenehmigung ist voraussichtlich bis maximal Ende 2016 möglich.

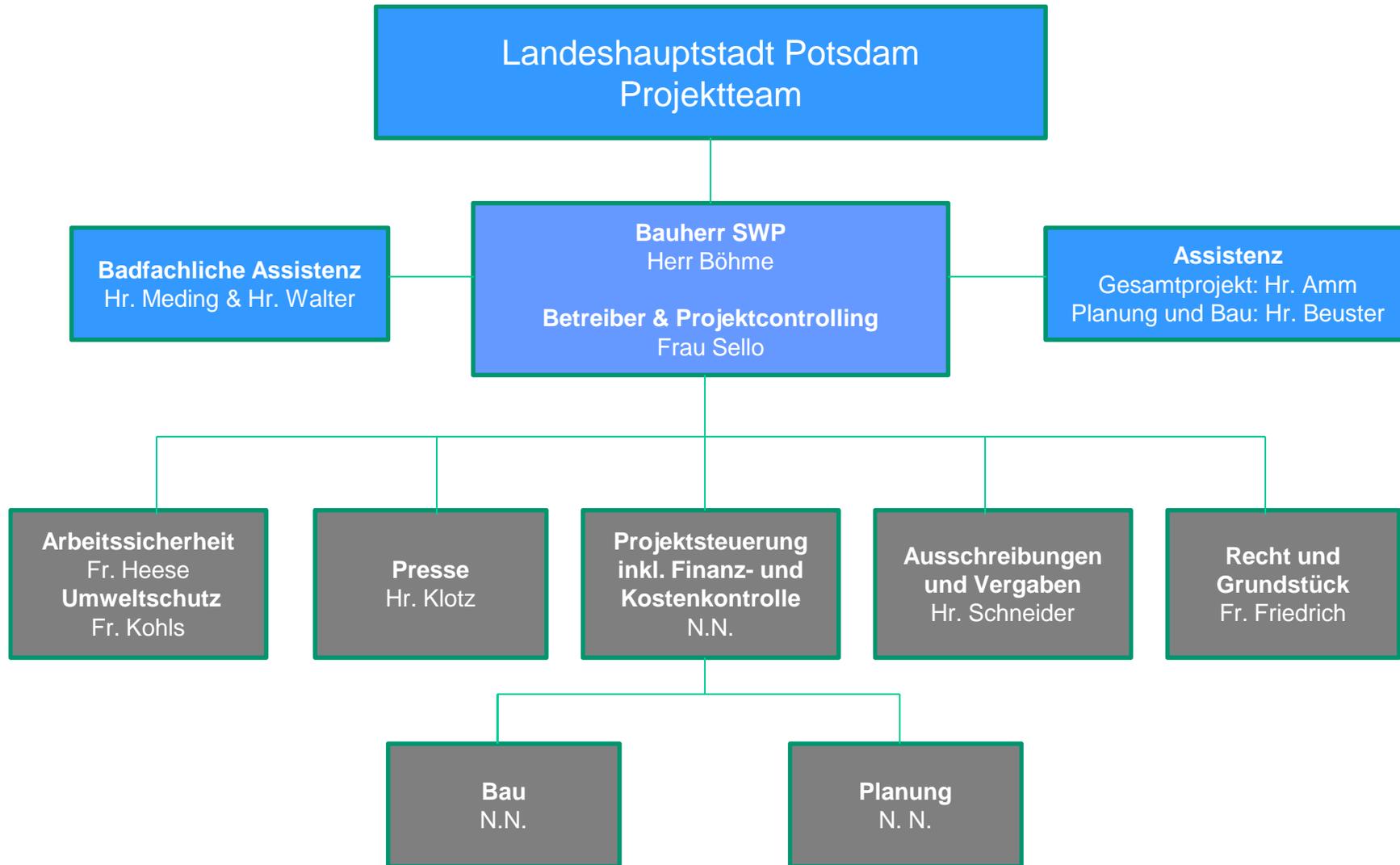
IX. Weitere Verfahrensschritte und Zeitschiene

- | | |
|--|---------|
| • Beschluss SVV über Kostenrahmen: | 09/2013 |
| • Beginn der Verhandlungen mit Preisträgern: | 10/2013 |
| • Abschluss Architektenvertrag: | 12/2013 |
| • Beginn Planungen: | 12/2013 |
| • Ausschreibung Projektsteuerungsleistungen: | 02/2014 |
| • Bauantrag: | 04/2014 |
| • Ausschreibung Bauleistungen: | 08/2014 |
| • Baubeginn: | 12/2014 |
| • Fertigstellung: | 10/2016 |

Feststellung:

Die genannten Termine stehen unter dem Vorbehalt, dass bis zum 25.09.2013 ein Beschluss der SVV über die Bezuschussung der SWP für den Bäderbetrieb getroffen wird. Eine spätere Beschlussfassung der SVV in der nächsten Sitzung am 06.11.2013 bewirkt eine Verschiebung des Fertigstellungstermins um mindestens 3 - 5 Monate.

X. Projektstruktur



XI. Projektentwicklung

- **Planungsleistungen**

Vergabe an einen Generalplaner

- **Baurealisierung**

Zur Zeit Prüfung der losweisen Vergabe und der Vergabe an einen Generalunternehmer



**Landeshauptstadt
Potsdam**

Der Oberbürgermeister

Beschlussvorlage

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

13/SVV/0281

Betreff:

öffentlich

Planungsrechtliche Grundlagen für die Erweiterung und Entwicklung der Universität Potsdam am Standort Neues Palais

Einreicher: FB Stadtplanung und Stadterneuerung	Erstellungsdatum	24.04.2013
	Eingang 902:	24.04.2013
	4/46/463	

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
08.05.2013	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Planungsziele des Rahmenplans gemäß Anlage der Verwaltungsvereinbarung zwischen

dem Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg
der Universität Potsdam
dem Brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege und Archäologischen Landesmuseum
der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg
und der Landeshauptstadt Potsdam

werden gebilligt.

Die zwischen den Vereinbarungsparteien einvernehmlich angestrebte Entwicklung soll auf der planungsrechtlichen Grundlage des § 35 BauGB gesteuert werden.

Der Oberbürgermeister wird zur Unterzeichnung einer Verwaltungsvereinbarung ermächtigt, die diesen Zielen Rechnung trägt.

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen? Ja Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Oberbürgermeister

Geschäftsbereich 1

Geschäftsbereich 2

Geschäftsbereich 3

Geschäftsbereich 4

Berechnungstabelle Demografieprüfung:

Wirtschaftswachstum fördern, Arbeitsplatzangebot erhalten bzw. ausbauen Gewichtung: 30	Ein Klima von Toleranz und Offenheit in der Stadt fördern Gewichtung: 10	Gute Wohnbedingungen für junge Menschen und Familien ermöglichen Gewichtung: 20	Bedarfsgerechtes und qualitativ hochwertiges Betreuungs- und Bildungsangebot für Kinder u. Jugendl. anbieten Gewichtung: 20	Selbstbestimmtes Wohnen und Leben bis ins hohe Alter ermöglichen Gewichtung: 20	Wirkungsindex Demografie	Bewertung Demografie-relevanz
1	1				40	geringe

Begründung:

Die UNESCO-Welterbestätte „Schlösser und Parks von Potsdam und Berlin“ von 1990 wurde 1999 um Flächen in westlicher Nachbarschaft zum Neuen Palais erweitert. Sie ist gekennzeichnet durch die Lindenallee, die den für die Potsdamer Gartenanlagen so charakteristischen Übergang von gestalteter Parklandschaft zum landschaftlichen Freiraum dokumentiert. Nach 1950 sind westlich der die Commons und den Marstall umschließenden Straße ohne Rücksicht auf die historischen Gebäude diverse Gebäude für die Pädagogische Hochschule sowie Studentenwohnheime errichtet worden, die in erheblichem Umfang das Erscheinungsbild und Wirkungsfeld und die Authentizität der UNESCO-Welterbestätte stören.

Deshalb sind eine Bereinigung dieser Fehlentwicklungen und eine landschaftspflegerische Reparatur vorgesehen, die parallel zu einer räumlichen Entwicklung der Universität Potsdam unter sensibler Einbindung in das Ensemble durchgeführt werden sollen.

Die denkmal- und welterbeverträgliche Einordnung von Ersatzbauten sichert damit zugleich langfristig die Funktionsfähigkeit der Philosophischen Fakultät auf dem Campus am Neuen Palais. Die Universität Potsdam ist für die Funktionsfähigkeit der Philosophischen Fakultät am Standort auf ein Mindestmaß an räumlichen Ressourcen ebenso angewiesen wie auf ein im Zuge intensiver Erörterungen abschließend definiertes Erweiterungspotential, das so einen Ausgleich zwischen den Ansprüchen der Verbesserung der Situation in der Welterbestätte und denjenigen der langfristigen Sicherung des Universitätsstandortes abbildet.

Die in der abschließenden Verhandlung befindliche Verwaltungsvereinbarung dient damit auch der Stärkung der Universität Potsdam insgesamt wie auch der Profilierung des Hochschulstandortes Potsdam.

Die durch eine bauliche Neuordnung betroffenen öffentlichen Belange sind – nach Maßgabe von grundsätzlichen Festlegungen zwischen den Behörden, die mit der Verwaltungsvereinbarung fixiert werden – grundsätzlich bei Anwendung des § 35 BauGB ausgleichbar, so dass keine bewältigungsbedürftigen Konflikte zu erwarten sind.

Sollte sich wider Erwarten zu irgendeinem zukünftigen Zeitpunkt aus derzeit nicht bekannten Gründen herausstellen, dass bewältigungsbedürftige Konflikte mit öffentlichen Belangen entstehen, die nicht durch die Verwaltungsvereinbarung geregelt sind, so bleibt die Planungshoheit der Landeshauptstadt Potsdam unberührt. Die Verwaltungsvereinbarung wird insoweit regeln, dass mit der Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens diese als Ganzes gegenstandslos wird.

Wesentliche Inhalte der Verwaltungsvereinbarung:

Die Universität Potsdam nutzt am Standort Neues Palais wesentliche Teile der zum Welterbe gehörenden historischen Bauten. Diese denkmalverträgliche Nutzung trägt wesentlich zur Erhaltung und Pflege dieser Bauten bei, so dass nicht nur aus der Sicht der Universität selbst, sondern auch aus der Sicht des Welterbes ein Interesse an einem dauerhaften Verbleib der Universität an diesem Standort besteht. Die Beseitigung der im Zuge der Entwicklung der Pädagogischen Hochschule wie auch noch durch Provisorien nach 1990 entstandenen baulichen Fehlentwicklungen ist zur

Bereinigung der gestalteten Landschaftssituation dringend wünschenswert, aber zugleich nur realistisch möglich, sofern die Universität entsprechende Ersatz- und Erweiterungspotentiale erhält. Deshalb verfolgt die in intensiver Abstimmung der Beteiligten entstandene Planung das Ziel, mit dieser Verwaltungsvereinbarung auf der Grundlage eines abgestimmten Rahmenplans schrittweise jeweils

Maßnahmen der baulichen Bereinigung mit Reparaturen der gestalteten Landschaftssituation und Ersatz- bzw. Ergänzungspotentialen für die Hochschule zu verbinden. Hierzu ist ein im Detail zu vereinbarendes Phasenmodell entwickelt worden.

Die Universität Potsdam hat einen dauerhaften Bedarf von 28.000 m² Bruttogeschossfläche an diesem Standort. Um eine höchstmögliche Verträglichkeit mit dem UNESCO-Welterbe zu erzielen, sollen davon nur 26.200 m² Bruttogeschossfläche westlich der Straße Am Neuen Palais unter schrittweisem Ersatz des Bestandes in den in einer Rahmenplanung ausgewiesenen Baufeldern untergebracht werden. Damit sind nach einvernehmlicher und allseitig bindender Feststellung der Beteiligten die Entwicklungsmöglichkeiten der Universität Potsdam einschließlich universitätsnaher Einrichtungen am Campus Neues Palais ausgeschöpft.

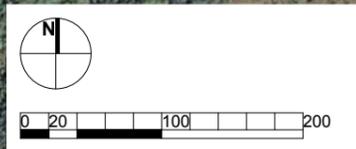
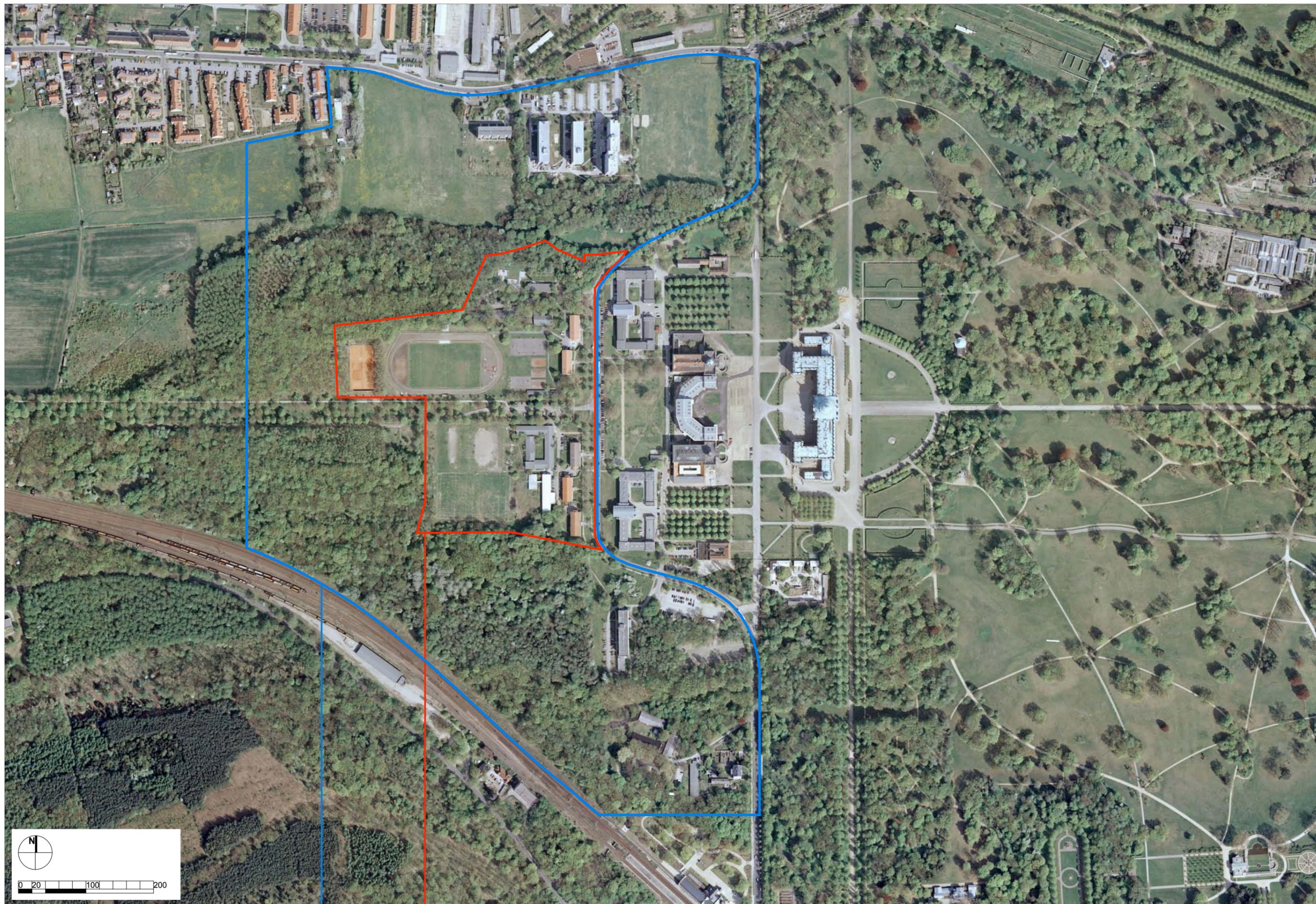
Die Entwicklung soll in mehreren Phasen vollzogen werden, deren Abfolge zwar verbindlich gemacht, jedoch noch nicht bestimmten Jahresscheiben zugeordnet werden kann. Kern der Verwaltungsvereinbarung wird dabei die gegenseitige zeitliche Abhängigkeit der einzelnen Realisierungsschritte sein, die sicherstellt, dass jederzeit während des Prozesses das Gleichgewicht zwischen Abriss- / Bereinigungs- und Neubaumaßnahmen sowie begleitenden Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege gewährleistet ist, so dass die öffentlichen Belange in jeder Phase hinsichtlich Eingriff und Ausgleich in Übereinstimmung gebracht werden und ebenso schrittweise eine kontinuierliche Verbesserung für die Authentizität der UNESCO-Welterbestätte erreicht wird.

Eine spätere Phase kann jeweils erst dann baulich in Angriff genommen werden, wenn die vorige Phase in vollem Umfang, insbesondere hinsichtlich der enthaltenen Abbruchmaßnahmen und der begleitenden Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege, realisiert ist.

Die Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung ist Voraussetzung für den Abschluss einer Verwaltungsvereinbarung, die in Ergänzung der Regelungen des § 35 BauGB Grundlage für die Entwicklung und Erweiterung der Universität Potsdam am Standort Neues Palais bilden soll.

Anlagen:	1A	Plangebiet Luftbild Bestand
	1C	Plangebiet topographische Karte Rahmenplanung

Siehe Anlagen:	1A	Plangebiet Luftbild Bestand
	1C	Plangebiet topographische Karte Rahmenplanung



Stand 14.03.2013

äußere Zone

innere Zone

BERND ALBERS
Gesellschaft von Architekten mbH

Anlage 1 A Plangebiet Luftbild Bestand M 1 : 5000

